

Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises Grünplanung & Mobilität

Antrag an den Gemeinderat

Betreff: Antrag auf Einrichtung eines Arbeitskreises Grünplanung & Mobilität

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

Feldkirchen hat bereits viele gute Grundlagen: Planungen zur Ortsentwicklung, zum Radverkehr, zur Klimaanpassung und zu Grünflächen. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, ob wir noch ein weiteres Konzept brauchen. Die Frage ist, wie aus den vorhandenen Planungen konkrete und gut aufeinander abgestimmte Maßnahmen werden.

Genau hier setzt unser Vorschlag an.

Der BUND Naturschutz hat in seinem Schreiben vom 21.07.2026 angeregt, Grünplanung, Klimaanpassung und Mobilität stärker gemeinsam zu betrachten. Wir greifen diesen Impuls auf und schlagen einen Arbeitskreis Grünplanung & Mobilität vor.

Dort sollen unterschiedliche Informationen und Sichtweisen früh zusammenkommen: Was passt gut zusammen? Wo entstehen Zielkonflikte? Welche Maßnahmen helfen an mehreren Stellen gleichzeitig? Und wo gibt es Einwände, die besser vor einer Entscheidung als danach bekannt sein sollten?

Durch die Einbindung thematisch engagierter Ortsvereine ergänzt der Arbeitskreis die fachliche Planung um Erfahrungen und Perspektiven aus dem Ort. So erhält der Gemeinderat eine breitere Grundlage für Entscheidungen, die fachlich tragfähig und vor Ort besser nachvollziehbar sind.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag so rechtzeitig auf die Tagesordnung zu setzen, dass über die Einrichtung des Arbeitskreises entschieden werden kann, bevor wesentliche Beschlüsse zur weiteren Ortsentwicklung, Grünplanung oder Mobilität gefasst werden. **Ein Arbeitskreis, der erst nach den entscheidenden Weichenstellungen beginnt, kann seinen Zweck nur noch eingeschränkt erfüllen.**

1 Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat beschließt, für zunächst zwei Jahre einen beratenden Arbeitskreis Grünplanung & Mobilität einzurichten.

Der Arbeitskreis soll

- Ortsentwicklungsplanung, Klimaanpassung und Radverkehrsplanung zusammen betrachten und daraus Handlungsmöglichkeiten für den Gemeinderat ableiten,
- Informationen und Sichtweisen aus Politik, Verwaltung und thematisch engagierten Organi-

sationen zusammenführen,

- Zielkonflikte, Einwände und unterschiedliche Lösungswege früh sichtbar machen und
- dem Gemeinderat kurze und nachvollziehbar begründete Vorschläge vorlegen.

Alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppierungen sollen im Arbeitskreis vertreten sein. Für die zivilgesellschaftliche Mitwirkung werden insbesondere die BUND-Naturschutz-Ortsgruppe, die Umweltgruppe, die LBV-Ortsgruppe und der ADFC vorgeschlagen.

Über die Zusammensetzung des Arbeitskreises insgesamt entscheidet der Gemeinderat in einem gesonderten Beschluss. Dabei können neben den genannten Organisationen weitere Perspektiven einbezogen werden, zum Beispiel aus Gartenbauverein, Jugend-, Schul- oder Seniorenvertretungen.

Die Verwaltung wirkt im Arbeitskreis mit und stellt die erforderlichen fachlichen Grundlagen bereit. Externe Fachleute können bei Bedarf hinzugezogen werden. Die politische Abwägung und Entscheidung bleiben beim Gemeinderat.

Nach zwei Jahren wird ausgewertet, ob der Arbeitskreis die Vorbereitung politischer Entscheidungen verbessert und fortgeführt werden soll.

2 Begründung

2.1 Vorhandene Planungen gemeinsam betrachten

Ortsentwicklung, Klimaanpassung und Mobilität greifen in vielen Bereichen ineinander. Dieselbe Straße oder derselbe Platz kann gleichzeitig Fragen des Radverkehrs, der Begrünung, der Aufenthaltsqualität und des Klimaschutzes betreffen.

Wer diese Planungen getrennt betrachtet, kann Synergien übersehen oder widersprüchliche Maßnahmen entwickeln.

Der Arbeitskreis soll deshalb nicht neu planen, sondern vorhandene Planungen miteinander verbinden.

2.2 Entscheidungen besser vorbereiten

Gemeinderatsmitglieder müssen unterschiedliche fachliche Informationen und Interessen abwägen. Der Arbeitskreis kann diese Vorarbeit bündeln.

Er stellt zusammen, welche Planungsziele betroffen sind, welche Sichtweisen bestehen und welche Lösungswege möglich sind.

Damit erhält der Gemeinderat eine breitere und zugleich besser strukturierte Entscheidungsgrundlage.

2.3 Konflikte früher erkennen

Einwände werden oft erst deutlich, wenn eine Planung bereits weit fortgeschritten ist. Dann werden Änderungen schwieriger und Auseinandersetzungen schärfer.

Durch die frühe Einbindung thematisch engagierter Organisationen können unterschiedliche Interessen und mögliche Widerstände früher sichtbar werden.

Früh klären ist einfacher als spät korrigieren.

Das bedeutet nicht, dass jeder Vorschlag übernommen werden muss. Der Gemeinderat entscheidet. Wichtig ist aber, dass relevante Argumente vor der Entscheidung bekannt sind.

2.4 Fachwissen und Ortskenntnis ergänzen sich

Verwaltung und externe Fachleute bringen die notwendige fachliche Expertise ein. Vereine und Initiativen haben eine andere Funktion: Sie kennen örtliche Probleme, Nutzungserfahrungen und Sichtweisen aus ihrer praktischen Arbeit.

Beides soll zusammenkommen, ohne die Rollen zu vermischen.

Der Arbeitskreis ersetzt weder Fachplanung noch Gemeinderat. Er ergänzt sie um eine strukturierte örtliche Perspektive.

2.5 Beteiligung kann Widerstände verringern

Nicht jeder Entscheidung des Gemeinderats muss die Zustimmung des Arbeitskreises finden. Das ist auch nicht das Ziel.

Entscheidungen werden aber leichter nachvollziehbar, wenn unterschiedliche Sichtweisen vorher gehört und geprüft wurden. Ebenso wichtig ist die Rückkopplung: Der Gemeinderat entscheidet und erläutert dem Arbeitskreis anschließend, wie mit seinen Vorschlägen umgegangen wurde.

Wer erkennt, dass seine Argumente ernsthaft behandelt wurden, akzeptiert eher auch eine Entscheidung, die nicht der eigenen Vorstellung entspricht.

Der Nutzen: Konflikte verschwinden nicht – aber sie können früher und sachlicher bearbeitet werden.

2.6 Befristung schafft einen überprüfbaren Rahmen

Der Arbeitskreis wird zunächst für zwei Jahre eingerichtet. Danach wird ausgewertet:

- Sind die Informationen für den Gemeinderat besser aufbereitet?
- Werden Zusammenhänge zwischen den Planungen früher erkannt?
- Werden Konflikte rechtzeitig sichtbar?
- Steht der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen?

Damit entscheidet der Gemeinderat heute nicht über eine dauerhafte neue Struktur, sondern über einen zeitlich begrenzten und überprüfbaren Versuch.

Mit freundlichen Grüßen

[Fraktion / Unterzeichnende]

